

Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Leipzig.
Haben & Komp., Nr. 20618. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Sitz: Arnolds, Dresden.

Abonnementsspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Zunft einförmlich 10 Pfennige monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen jährlich 4.00 M., unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.50. Erhältlich täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Berliner Platz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Berliner Platz 10. Tel. 25261. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abfertige werden die Tagesposten Zeitungen mit 45 St. berechnet, bei besonderer Verhandlung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Abfertige müssen spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind 1/2 stunden zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 15.

Dresden, Freitag den 18. Januar 1918.

29. Jahrg.

Zusammenfassung der österreichischen Regierung. — Einvernehmen mit der Ukraine. Der russisch-rumänische Konflikt. — Die österreichische Wahlrechtsvorlage.

Der Nur-Soldat.

Der preußische Kriegsminister General v. Stein ist mit dem Berliner Korrespondenten des Budapester Herlitz am Unterredung gehabt, in der er seine Anschauungen über wichtige Fragen des Krieges und des Friedens zum Ausdruck brachte. zunächst betonte der Kriegsminister den günstigen Stand im Westen; „wenn, sagte er, unsere Feinde den Krieg weiterführen wollen, werden sie dies sehen.“ Zum Einfließen Amerikas sagte v. Stein: „Die deutsche Front reicht die Amerikaner nicht.“ Zu den angekündigten großen Männer Amerikas hinsichtlich der Flugzeuge führte er aus:

„Das Flugwesen ist wichtig, wenn auch nicht entscheidend. Es hängt viel davon ab, was Amerikas Techniker schaffen können, und noch mehr, ob eine gute, ausgereifte Bombardeierung gezielt werden kann. Die Achtung vor der Technik, aber die treibende, Siegreiche Kraft bleibt immer der einzelne Mann. Das hat denn alle Munition gegen unsre dünn belegten Linien genutzt! Das Munition und viel Flugzeuge bedeuten noch keinen Sieg. Da seien sie an der Wand die Photographie meines heimeligen Hauptstiegers des Hauptmanns Soelde, der sagte mir immer: „Engelberg, die Schieberei von weitem hat keinen Zweck. Man muss sich bis auf fünfzig Meter an den Feind heranzutragen und ihn dann vernichten.“ ... Wir kächten und nicht von den Wunderwerken der Technik. Das sind die Tatsachen. In der Sommerschlacht, die ich noch geführt habe, waren sie zum ersten Male in Sicht. Ein solches Augenblitc wußte man natürlich nicht, wie sie vernichtet werden könnten. Meine Soldaten flatterten sogar auf die plumpen Flugmaschinen oder verdeckten sie von außen mit Handgranaten aus. Dies mißlang, die Tapferen sind getallen. Aber wir haben schnell gelernt, daß es gegen die Lauts auch eine tödliche Waffe gegen unsere Kanonen. Ich habe jetzt so ein Wunderding in Verlängerung haben lassen, damit unser Volk es sieht.“

Das Gespräch wendete sich dann zu Friedensfragen und Friedensmöglichkeiten. Der Kriegsminister sagte hierüber folgendes:

„Die Menschheit möchte den Frieden und natürlich auch ich. Friedenssucht liegt in allen Herzen. Ob und wann Frieden kommt, weiß ich nicht. Auf Prophezeiungen lasse ich mich niemals ein. Als Soldat sage ich aber nur eine Möglichkeit, den Krieg zu beenden: den Sieg ... Man spricht von irgendwelchen Vergüchten, die ausgeschlossen den Frieden herbeiführen würden. Was bedeutet denn ein potentieller Verzicht auf Vortriebe auf einem glücklich verlaufenen Kriege? Jeder Verzicht ist ein Zeichen der Schwäche, eine Anerkennung der Niederlage. Wer auf Früchte seiner Waffenerfolge verzichtet, sagt selbst den Feind in die Lüge, sich als Sieger zu betrachten, und gibt ihm seine Vernichtungspläne der Vernichtung näher zu rücken. Man spricht weiter von Verständigung. Ich kann mir schon eine Verständigung zweier Kriegsführer denken; zum Beispiel wenn sie, um einer größeren Gefahr auszuweichen, zusammen machen und sich gegen einen Dritten verbünden. Sagen wir, wenn sich fest die Kontinentalmächte gegen England und Amerika einrichten. Darauf ist nun nicht zu reden; man weiß ja, daß Frankreich selbst noch gegen Deutschland geschwächt ist, und in Zukunft wird das kaum anders werden. Man kann diese Verbündeten beliebig fortsetzen. Und wie steht es mit den Ungarn? Das alte Reich war nicht ihr Feind, und viele Ostlandmächte stehen sie mit Ruthen und Polen verbündet. Nein; vom Verständigungswillen sieht man bei den Feinden nichts; im ganzen Verhalten zeigt, daß ihr Ziel noch immer unsere Verständigung von der Sonnenseite ist. Unerschöpflich könnte der Kampf nur dann enden, wenn beide Parteien zugaben, daß sie nicht weiterkämpfen können. Wer will dies aber tun? Wer will einer solchen Erfüllung zunächst zum Frieden freigeben? Wer nicht lieber jede Partei verhindern, bis zur letzten Kraft zu kämpfen?“

Als der Zeitungsvertreter den Einwand machte, ob bei solchen Aussichtslosen der Fronten die Entscheidung auf dem Schlachtfeldern überhaupt möglich sei, erwiderte General Stein:

„Warum denn nicht? Eigentlich ist die militärische Entscheidung schon da. Wir und unsere Verbündeten haben einerseits Belgien, die Niederlande, westliche Provinzen Frankreichs, andererseits Serbien, Montenegro und Teile von Rumänien und Italien in Händen. In dem Augenblick, wo die Feinde anerkennen, daß sie uns nicht hinausstreichen können, geben sie eben zu, daß sie besiegt sind. Aber ich kann mich kein Endspiel auch anderweitig vorstellen: unter den Waffen auf dem Schlachtfelde. Wie ich mir diese Wendung denke, kann ich nicht sagen. Aber ich glaube, es kann zu müssen, daß inmitten der zentralen Frontlinie der Waffen ganz unbedeutende Orte und die äußerliche auf beiden Seiten verloren zu sein scheint. Unter diesen Umständen aus der Lage herauszukommen. Dafür kann und die Sicherheit gibt uns allen Recht, durchzuhalten bis zum Ende, bis nicht ausbleiben wird. Ein anderer Weg, wie das beobachten der Entente geht, ist nicht gegeben.“

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

wth. (Amtlich.) Großer Hauptquartier, den

18. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem größten Teile der Front war die Geschützkraft gering, schwächer in der Gegend südwestlich von Cambrai.

Bei kleineren Unternehmen nördlich und nordöstlich von Froesnes wurden Gefangene eingefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Richts-Neues.

An der

Mazedonischen und Italienischen Front

Ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Nach kurzem Schweigen folgte der Kriegsminister hinzufügt: Natürlich — der Siegreiche Friede kann sich auch andere Nationen brechen. Für die Menschheit wäre es eine Erlösung.“

Währenddessen gibt Herr v. Stein selbst zu erkennen, daß „andere Völker“ zum Frieden möglich sind und daß es für die Menschheit eine Erlösung wäre, wenn sie befriedigt würden. Leider aber bleibt es bei dieser Urtypischen Andeutung und es fehlt jeder Versuch, diesen Gedanken weiter zu verarbeiten und die Erlösung der Menschheit fruchtbar zu machen.

Aus der Darlegungen des Generals v. Stein folgt wieder die ausdrücklich faiditative Ausdrucksweise. Diese Ausdrucksweise läßt das Seelenleben der Völker durchaus überdrüssig. Alles wird auf die einfachen Normen: Rache und Schwäche, Sieg und Niederlage gezoagt. Von den idealen Kräften, den menschlichen Gemeinschaftsinteressen oder, was vielleicht einem evangelischen Kriegsminister näher liegt, von Religion und Christentum ist schon gar nicht mehr die Rede.

Richtig ist es ganz gewiß, daß das deutsche Volk und seine Verbündeten auch jetzt die Waffen nicht niedergelegen können, sondern sich manchmal ihrer Haut wehren müssen, da die Weimarer zu einer Verständigung nicht bereit sind, sondern noch immer ihrerseits Siegeserklärungen abgeben und Grobherzigkeiten verfolgen. So richtig dies ist, so unrichtig ist aber das, was General v. Stein über Sieg, über Verzicht und Verständigung zu äußern weiß. Dabei verwirkt er sich in offensichtliche Widersprüche und fördert Auffassungen, die nach unserer Überzeugung der deutschen Kriegsführung nichts nützen, wohl aber den Friedensmöglichkeiten Austritt bereiten.

Herr v. Stein erklärt: „Eigentlich ist die militärische Entscheidung schon da.“ Hierzu kann aber offenbar die Rede nicht sein, da doch die ganze sonstige Erörterung des Herrn v. Stein von noch bevorstehenden schweren Schlachten im Westen handelt, die erst die Entscheidung bringen sollen. Selbst wenn die Gegner, was sie bis jetzt noch nicht tun, zugeben, daß sie die deutschen Truppen nicht aus Belgien und Frankreich verdrängen können, so geben sie damit, wie der Augenblick jetzt nicht zu, daß sie besiegt sind. Wenn man den anderen nicht besiegen kann, so ist man deshalb noch nicht siegreich.

Außerdem beruft der Kriegsminister, daß die Gegner — und die Vereidigung dazu ist ihnen nicht abzustreiten — bei Beurteilung der Kriegslage und der Kriegsauswirkungen die wirtschaftlichen Faktoren in ihre Rechnung einzählen.

Der Kriegsminister spricht von „Verständigungen“ fast im Stile der „Unterlandkarte“. Verzicht sei ein Zeichen der Schwäche, ja eine Anerkennung der Niederlage. Dies zeigt sich die rein militärische Auseinandersetzung in äußerster Pragung. Glaubt denn ernsthaft ein deutscher Mann, er könnte dem Gegner damit imponieren, daß er sowohlzeitig schreit: ich bin nicht schwach, ich bin stark, ich bin Sieger und gebe nichts heraus, was ich einmal befehlt habe? In Wahrheit ist gerade diese Sprache im höchsten Maße geeignet, den Kriegstreibern des gegnerischen Auslands gewisse Stichworte zu geben. Wenn der preußische Kriegsminister Anerkennungen macht, die zu gedeckt werden können, als wolle er die im Westen begangenen Weben ganz oder zum größten Teil nicht wieder freigeben, so hat das selbstverständlich die dauernde Aufrechterhaltung des Kriegswillens in den gegnerischen Ländern zur Folge.

Der Kriegsminister will auch von „Verständigung“ nichts hören. Er findet, daß die Feinde vom Verständigungswillen nichts leben lassen. Zugleich aber gibt er selbst den Gegnern Anlaß zu sagen, daß der preußische Militarismus nichts von Verständigung wissen, sondern den Krieg bis zum Ende weiterführen mölle. Nach Ansicht des Kriegsministers kann der Krieg nicht eher zu Ende gehen, als bis man der Feinde eine Lektion erteilt, welche er nicht vergessen darf. „Ich kann nicht verstehen,“ sagt der Kriegsminister, „daß der Feind nicht aufmerksam ist.“ Gedenkt dieser beiden Wege bedeutet die ungewöhnliche Fortsetzung des blutigen Nordens und der Bevölkerung menschlicher Lebensgüter. Sollte nicht

auch ein Kriegsminister den breiten Weg zu erkenneninstande sein? Müsste nicht bei jeder Zeile, wenn sie die Schrecken des beiderseitigen Verblutens bedenken, und wenn sie die Möglichkeit des Sieges nur unter Einigung von alltäglichen Opfern realisieren dürften, vielleicht den Sieg nicht mehr lohnen können, zu der Erkenntnis gelangen, daß jeder in seinem Interesse handelt, wenn er rechtzeitig einen Ausgleich herbeizuführen bereit ist?

Die Ausführungen des preußischen Kriegsministers lassen sich nicht in Einfühlung bringen mit der Politik, die zu führen die Reichsleitung dem deutschen Volke feierlich zugesagt hat!

Erklärung Seidlers über Brest-Litowsk.

Im Budget-Klausur des österreichischen Abgeordnetenhauses machte Ministerpräsident von Seidler gestern im Einvernehmen mit dem Minister des Außenwesens Grafen Czernin einige Erörterungen über den Stand der Verhandlungen in Brest-Litowsk. Er fuhr aus:

„Die wesentliche Bedeutung kommt den Beratungen einer Kommission zu, welche sich mit der Regelung der so genannten politischen und territorialen Fragen im Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland einerseits und Russland andererseits beschäftigt. Die Beratungen dieser Kommission befinden sich derzeit im Stadium der Formulierung der beiderseitigen Standpunkte. Hierzu ist bereits eine solche Klärung der Auseinandungen ein, daß sie gegenüber dem Staude der Verhandlungen am 27. Dezember als entchiedener Fortschritt bezeichnet werden muß. Außerdem geht aus den Communiques hervor, daß diese Klärung der beiderseitigen Standpunkte allerdings noch nicht die Linie erkennen läßt, auf welcher die von beiden Seiten mit gleichem Grunde angestrebte Ausgleichung erfolgen soll. Die Schwierigkeiten, die im Laufe dieser Verhandlungen noch zu besiegen sind, dürften nicht unterschätzt werden. Das ganze Streben des Ministers des Außenwesens ist darauf gerichtet, im Sinne des von ihm in der Friedensfrage stets eingenommenen und öffentlich vertretenen Standpunktes zu einer Verständigung zu gelangen, welche aus dem Programm eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen füht, und welche gleichzeitig unter Wahrung der Gesichtspunkte der Gegenseite die eigenen Interessen wahrt.“

Der Ministerpräsident bemerkte schließlich: „Ich möchte auf ehrliche Wünsche Ausdruck geben, daß ich bald in der Lage sein werde, dem Reichsrat noch günstigere Nachrichten mitzuteilen als heute.“

Voraussichtliche Verhandlungen mit der Ukraine.

Brest-Litowsk, 17. Januar. Bei der heute zwischen den deutschen und österreichisch-ungarischen Delegationen einerseits und der ukrainischen Delegation andererseits abgehaltenen Besprechung hat Graf Czernin den für die Vertrag Verhandlungen überhaupt geistigen und auch von der ukrainischen Delegation erkannten allgemeinen Grundzüge bernommen, daß die Einigung eines Teiles in die inneren staatlichen Angelegenheiten des anderen ausgeschlossen sei. Er wies auf die Befreiung der Sicherstellung des Schlesiens jener polnischen Minoritäten hin, die dem fünfzigjährigen ukrainischen Staat etwa angehören werden. Diese Erklärung wurde von der ukrainischen Delegation zustimmend und mit dem Bemühen zur Kenntnis genommen, daß sie auf Grund darüber in die weiteren Verhandlungen eintreten werde. Bei der weiteren Befreiung über die Regelung des beiderseitigen wirtschaftlichen Verkehrs wurden keine lokalen Unterschiede in den grundlegendsten Auffassungen festgestellt, daß sie das Süßwasser einer Vereinbarung zu verhindern vermöchten. Die Verhandlungen wurden somit gefördert, daß sie sich bereits auf konkrete Fragen des Warenaustauschverkehrs erstreckten.

Russisches Ultimatum an Rumänien.

Die Spannung zwischen der Petersburger und der rumänischen Regierung verschärft sich von Tag zu Tag. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet folgendes Ultimatum an Rumänien:

Das Kommando der 48. Division teilte mit, daß die rumänischen Truppen feindselige Aktionen gegen russische 2. Armee unternommen und keine Gewissensbisse darüber haben. Da 194. Regiment der 48. Division wurde von rumänischen Streitkräften umzingelt und entwaffnet, die auch den Ausdruck des 192. Regiments aus österreichischen Offizieren, die zum Dienst der Russen gekommen waren, verhältesten. Der Satz der Sätze,

einer Reihe von Städten Versammlungen, in denen er über das Wahlrecht sprechen wollte, verboten wurden. Den Vorwurf der Verfehlung müsse er aufstreden erhalten. Der nationalliberale Redner solle die Bildung der Sozialdemokratie ruhig abwarten. Der Redner habe persönlich die Erfahrung gemacht, daß die Wahlen zunächst nicht so sehr zu den Unabhängigen ständen. Das bislangige Ergebnis im Wahlrechtsausdruck sei ein recht trauriges.

Was das gleiche Wahlrecht sei keine Wahlschafft vorhanden.

Dieses Wahlgesetz müsse sich der Redner entschieden erläutern. Die Verfehlung der Herrenhausabstimmung werde das Volk als eine Verfehlung aufstellen. Das Verlangen nach dem gleichen Recht sei durch das ganze Volk, auch durch den Mittelstand. Es sei ganzverständlich, zu verlangen, daß der Mittelstand im Kriege mehr getan habe als andere Schichten, in weit höherem Maße tressle das auf die Arbeitnehmer zu. Wenn man auf die Verteilung hinzuweist, so kann es erläutert werden, daß seine Freunde eine Unterbildungsplattform befürworten. Kulturaufgaben sollen unter dem gleichen, geistigen und direkten Wahlrecht nach den Erfahrungen in den Gemeinden am besten aufgehen.

Die Arbeitnehmer würden, wenn die Wahlrechtsberatung nicht zu einem schriftlichen Abschluß führe, ihre Haltung entweder einstreiten. Wohl behalte der Wahlrechtsausschuss annehmen wird, das wird nicht unwe sentlich von diesem Abschluß abhängen.

Ein nationalliberaler Mitglied erklärte, daß ihre Partei für ihr Verhalten vor dem preußischen Volk die volle Verantwortung übernehme. Im Augenblick zu diesem Redner trat ein anderer nationalliberaler Ausschussmitglied für das gleiche Wahlrecht ein. Ohne das gleiche Wahlrecht werde die Wahlrechtsberatung nicht zur Ruhe kommen. Das Wahlgesetz sei aber ein Kommissar, als eine Förderung der Wahlreform. Der Führer der Konföderation wandte sich gegen die fortgeführte Beratung des Reichstags auf die Vollhoheit. Dr. Friedberg habe sich vor nicht langer Zeit in Hannover ganz anders als heute über das gleiche Wahlrecht gefügt. Der Vizepräsident des Staatsministeriums trat dem Vorsitzer schwach entgegen und erklärte, sich darüber klar zu sein, daß er sich gleich mit seinen zulässigen Aufgaben in Übereinstimmung setze. Nachdem noch ein Zentrumabgeordneter für das gleiche Wahlrecht eingetreten war, wurde die allgemeine Aussprache geschlossen. Die Eingangsberatung beginnt mit der Grußrede und Abstimmung.

Aus dem preußischen Herrenhaus.

Bei Beginn der Donnerstagssitzung teilte Graf Hörz mit, daß er den von ihm mit zwei anderen Grafen gefestigten Antrag betr. den Friedensschluß, einstweilen zurückziehe, da auch der Hauptausschuß des Reichstages gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen auf eine Debatte über Friedenswillen verzichtet habe. Er behalte sich aber vor, den Antrag gegebenenfalls später wieder einzubringen. Die Tagesordnung bestand aus Notverordnungen und Petitionen, die ohne Debatte erledigt wurden. Da man nach der Zurücknahme des Antrags der drei Grafen weiter keinen Arbeitsstoff hatte, verlängerte man sich auf unbestimmte Zeit.

Die Lage der Saisonarbeiter.

Am Donnerstag trat der Hauptausschuß zunächst in einer Beratung der Lage der Saisonarbeiter ein.

Abg. d. Tromp (Pole): Von den 700 000 polnischen Saisonarbeitern sind seit vier Jahren 250 000 ausgebüchsen worden. Dazu kommen noch Tausende angeworbenen Arbeiter, die nicht freie Arbeiter sind, sondern zwangsweise gehalten werden. Darin liegt eine Verletzung des Öffentlichen Rechts. Sie sind nach Deutschland gebracht worden und dürfen nun nicht wieder hinaus. Das ist ein Verbrech für die Arbeitgeber, wahre Unrechtsakte zu gaffen. Die Leute erhalten Löhne von 1 Mark bis 1,50 Mark neben immer geringem Depot. Alle Verträge, das 250 dieser Unglücksfälle zu mildern, sind fehlgeschlagen. Die gemachten Zugeständnisse waren völlig ungünstig, insbesondere ist das Bedürfnis der Koalition nicht genommen worden. Die Generalversammlung kann sich einfach nicht um die Anschwörungen des Kriegsministers kümmern. Der schlimmste Bezirk ist Königsberg, neben Magdeburg.

Oberst d. Brau: Das Kriegsamt hat alles verschwiegen, die Lage dieser Arbeiter zu verblassen, in der heutigen Zeit kann man diese Arbeiter aber nicht nach der Heimat entlassen, sie sind freie Arbeiter, aber sie unterliegen den militärischen Vorschriften für Ausländer. Der Arbeitshandel ist schamlos generell verboten. Die Angriffe auf die Generalversammlung sind in diesem Umfang nicht berechtigt.

Abg. Rosse (Pole): Die ganzen Verhältnisse müssen allgemein den politischen Zustand wahren. Nach die Einhaltung dieser Arbeiter in die russische Armee verhindert wurde, war nicht unterschätzbar, aber was dann alles kam, ist nicht zu billigen. Trotz aller Kritik ist eine Verstellung nicht einzutreten, weil die Rücksicht auf europäische Interessen maßgebend ist. Die Bildung des Deputats aus Russland entspricht darüber hinaus. Den Siedlungswahl so richtig zu verhindern, dazu besteht kein Anlaß. Die polnischen Arbeiter dürfen nicht schlechter als die deutschen behandelt werden. Diese Maßnahmen verhindern, daß in Polen freundliche Gefühle für uns Platz greifen.

In längeren Ausführungen berichtete die Vertreter des Kriegsministers, General Scheuch und Oberst d. Braun, die gewagten Vorwürfe zu entkräften, insbesondere mit dem Hinweis darauf, daß für das Jahr 1918 eine Rohstoffbasis vorgesehen sei, die wesentlich höhere Löhne wie in den Vorjahren enthalte.

Die weitere Debatte förderte wesentlich neue Momente nicht ungeahnt. Der Ausschluß wandte sich dann

der Beratung der Censur

Abg. Osthain (Op.): Wir alle hatten den beispielhaften Bunsch, nicht nach einem auf die Censur eingehen zu müssen. Seither haben die gemachten Aussagen zu seinem Recht gestanden.

Die Verhältnisse haben sich verschärft,

so daß der innere Friede aufsichtsgerichtet ist, denn die Überwachung im Volke macht zuviel. Das Stellvertretende Generalkommando des 2. Armeekorps in Stettin hat eine Verfügung erlassen, die jede Freiheit überlässt. Versammlungen sind in diesem Bereich verboten, jetzt verbietet man auch den Besitz oder nur das Aufbewahren von Druckschriften aller Art, deren Herstellung und Verbreitung vom Generalkommando nicht genehmigt ist. Diese Verfolgung rüttet sich aber nur gegen die Reaktionen, die dem General nicht genehm sind. Selbst Druckschriften, die anderweitig von der Censur freigegeben sind, dürfen im Bereich des 2. Korps ohne besondere Genehmigung nicht verbreitet werden. Dagegen wird die Verbreitung von Schriften der Volkslandespartei an Landesbasis gestattet. Was meint der Kriegsminister zu diesem Verfahren? Sämtliche öffentliche Versammlungen werden in diesem Bereich verboten, nur die Volkslandespartei genießt eine Ausnahmestellung. Sie darf öffentliche Versammlungen abhalten, und zwar in der Form von Mitgliederversammlungen unter Ausschaltung von Gößen im unbefriedeten Raum.

General v. Vietinghoff in Stettin steht auf dem Standpunkt, daß der Bürgerschein in Pommern nicht gestrichen werden darf, er hat aber nichts dagegen eingewendet, daß die Reichsregierung in der unflüchtigen Weise beschimpft wird.

Der General hat sogar einen „Aussklärungsdienst“ im Sinne der Annexionisten organisiert. Mit dieser Aussklärung ist ein Oberlehrer betraut worden, der bis einen Namen durch Beschimpfung des Kaisers gemacht hat. Das Vorbringen dieses Namens werden in der Presse unter „Königliche Nachrichten“ angekündigt. (Königliche Heiterkeit!) Diese ganze Tätigkeit läuft darauf hinaus, daß Menschen der Regierung zu untergraben. Das sind die Folgen, wenn man die Sache des Militärs übertrifft. Einige Journalen verbreiten jedes Wort der Kritik an dem Großadmiral v. Tirpitz. Auf eine Beschwerde hat das Generalstabskommando des 3. Armeekorps eine Antwort gegeben, die nur als ichnodertig bezeichnet werden kann. Die Bekämpfung falscher Behauptungen des Herrn v. Tirpitz wird verboten. Darauf beteiligt sich auch die Presseabteilung des Reichsmarineamtes. Redner zeigt einen ganzen Stock Material vor, die dem Kapitän a. Retir. von der Censur gestrichen oder verblümt wurden. Diese Handhabung der Censur ist eine Verfehlung der Wahrheit. In der Meinlichkeit, persönlichen Weise wird gegen Leute vorgegangen, die als Vagabunden verachtet sind. Dem Professor Wehberg hat man das Überbrüderen der Grenze zum Besuch seiner todkranken Mutter verwehrt, nur weil er als Vagabund bekannt ist. Ein Telegramm von Professor Schüding in Wandsbek war zehn Tage unterwegs, denn jedes Telegramm, das in Deutschland aufgegeben wird, muß erst bei militärischen Juristen unterbreitet werden — ein unerhörter Unzug. Dem Professor C. u. d. ist in Erfurt eine Versammlung verboten worden, der Volkslandespartei dagegen wurde eine Versammlung gestattet. Was sind das für Leute, die mit der Censur betraut sind? (Abg. Heinrichs!) Die Schulz liegt ancheinend meist an der Censur in Berlin. Hat der Kriegsminister keine Ahnung davon, wie

dieses Treiben der Militärpartei auf das Ausland wirkt? Dort sagt man sich, der Reichskanzler will den Verständigungsfrieden, die Reichsregierung auch, aber die Militärpartei kämpft mit allen Mitteln dagegen. Als ein Werk des Professors Schüding in der Druckerei war, erschien dort die Kriminalpolizei und beschlagnahmte die Plakate. Die Oberpoststelle verbot die Herstellung des Buches, weil die Ergebnisse des ersten Teils die durchgeföhrten Sudetensiedlungsprojekte nicht mit rücksichtigt worden sind und weil die Problemstellung bedenken erregen müsse. Dabei ist immer zu beachten, daß Professor Schüding die Politik der Regierung vertritt. Die Deutsche Kriegergesellschaft darf noch immer nicht ihren Buchhandlungs-Katalog versenden.

Jetzt werden im Feld Erhebungen veranstaltet über die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse in der Armee.

Der Sekretär der Deutschen Kriegergesellschaft, der nur personenfähig ist, erhält zur Generalversammlung keinen Utauf. Dagegen dürfen an den Versammlungen der Volkslandespartei hohe Offiziere teilnehmen, die sicher weniger entehrlich sind als ein Landsturmman.

Solche Zustände darf das deutsche Volk unter keinen Umständen noch weiter dulden, die militärischen Stellen haben bewiesen, daß sie völlig unsfähig sind, die Censur zu handhaben.

Deutsches Reich.

Der verbotene Vorstehende.

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat gegen den Vorstand des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer Redakteur Erich Kuitner folgende Verfügung erlassen:

„Sie festgestellt ist, haben Sie am 13. Januar in einer Versammlung des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer in den Sophieälen an die Verfassungsteilnehmer die Aufforderung gerichtet, die Bänder unserer Kriegsauszeichnungen zum Zeichen des Professors obzulegen. Diese Aufforderung, der zahlreiche Inhaber des Eisernen Kreuzes folge geleistet haben, ist geeignet, die im Heere und im Volke hochgeachtete Kriegsauszeichnung verächtlich zu machen, und hat in den weitesten Stellen des deutschen Volkes Leid tragen können. Um diesen Zweck zu erreichen, ist die Aufforderung, die die katholische Partei des vorbereiteten Bundes nicht gewohnt. Ich verbiete Ihnen daher hiermit auf Grund § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand jede weitere Tätigkeit für den Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer. Der Oberbefehlshaber in den Marken: ges. v. Kessel, Generaloberst.“

Wir haben es hier mit einer jener Polizeimahnungen zu tun, wie sie in Preußen-Deutschland früher so beliebt waren. Die Anordnung des Herrn v. Kessel ist höchstens geeignet, die bestehende Erregung zu vermehren, im übrigen aber kann sie weiter an dem, was geschehen ist, etwas ändern, noch wird sie den Lauf der kommenden Tage beeinflussen. Wenn irgend jemand die Kriegsauszeichnungen verächtlich gemacht hat, so waren das sicher nicht die Kriegsteilnehmer, die die Bänder abgelegt haben, sondern die altdemokratischen Eltern und Geldmänner, die so mutig auf Kriegsrückgriff einschlugen, die mit dem Eisernen Kreuz geschmückt waren.

Aus aller Welt.

Berichtsstellung in Berlin.

Im Berlin ist es am Donnerstag zu einer sehr schweren Verkehrsstörung gekommen. Der Berliner Lokalanzeiger vom Donnerstagabend berichtet darüber.

Der Sämannschlamm, der gestern die Straßen bedeckt und alle Straßenbahnen und Wagen anfüllte, ist über Nacht gefroren, wodurch heute morgen die Aufnahme des Straßenbahnbetriebes unmöglich war. Es ruhte zunächst der gesamte Straßenbahnbetrieb und das Personal mußte auf die Straße geschickt werden, um die Schienen und Wagen die wichtigen Verkehrsstrecken zum Gleis zu befördern. Danach kamen im Laufe des Vormittags einzelne Linien in Betrieb, auf den Außenstrecken war es bis mittags nicht den Fall. Die Große Berliner Straßenbahn sandte der Presse folgende Mitteilung:

„Das während des gelungenen Tages eingerückte Tauwetter hat die auf den Straßen liegenden Schneemassen zum Schmelzen gebracht und die Straßen und Gasse unter Wasser und Schlamm gelegt. Das in der Nacht eingerückte Frost hat das Wasser und die Schlammassen zum Gefrieren gebracht so daß die Gleise vollständig verschlossen und normalisch die Wagen unbrauchbar wurden. Die Sanktierung der Gleise war zum Teil bezw.

so daß die sogenannten Weichungen aus ihren Sagern herausgehoben werden sind. Unter diesen Umständen

mußte der Betrieb eingestellt

werden, da an ein Aufladen und Gangbarren der Wagen in kurzer Zeit nicht gebaut werden konnten. Wir haben alle verfügbaren Arbeitskräfte zur Reinigung und Wiederinstandsetzung der Wagen auf der Straße beschäftigt und werden nach und nach im Laufe des Tages die wichtigsten Linien wieder in Betrieb nehmen.

Die Straßenbahnen liegen in den letzten Tagen infolge der im gleichen Grade kaum dagewesenen Witterungsschwierigkeiten vor Ausgaben gestellt worden, die sie selbst unter Friedensbedingungen zu erfüllen nicht in der Lage gewesen wären. Bei den während der 8½-jährigen Kriegsdauer an und für sich stark heruntergewirtschafteten Verkehrsmiträumen, namentlich bei der ungereichten Unterhaltung des maschinellen Teiles der Wagen war es unvermeidlich, daß ein sehr großer Teil, nahezu die Hälfte der Wagen, ganz betriebsunfähig wurde.

Die Wiederinstandsetzung der Wagen erfordert naturgemäß bei dem Mangel an Personale und Material eine längere Zeit als unter normalen Verhältnissen. Es muß daher damit gerechnet werden, daß für die nächsten Wochen der Betrieb auf einer Reihe von Linien teils eingestellt, teils verfügt wird.

Hochwasser und Überschwemmungen.

Köln, 17. Januar. Der Rhein und seine Nebenflüsse führen Hochwasser. Der Kölner Pegel liegt vom Mittwoch zum Donnerstag um 4% Meter.

Dingen, 17. Januar. Der Rhein ist in den letzten 24 Stunden mehr als einen Meter gestiegen. Großen Schaden hat das Wasser in einer Fabrik in Walsdorf angerichtet, wo 1000 Männer Wärmeleiter fertiggestellt wurden. Das Hochwasser der Rea hat die Ortschaften Großbrem, Mühlheim, Diersheim, Saarheim und Häuser der Neumühle bei Niedersheim unter Wasser gesetzt. Zur Hilfeleistung sind Binnenschiffe eingetroffen. Auch bei der Mosel hat das Wasser eine solche Höhe erreicht, daß in verschiedenen Orten die Sturmgauden gespültes wurden. An verschiedenen Stellen sind die Dämme der Moselbahn unterspült und fortgerissen worden. Bei der regnerischen Witterung ist ein weiteres Steigen des Rheins und seiner Nebenflüsse zu befürchten.

Wieden, 17. Januar. Die bekannte Wallstraße ist in Maxienhof durch einen Wasserlauf und die Schneemassen unter Wasser gesetzt. Das Hochwasser ist bereits über den Damm von 1878 gestiegen.

Osnabrück, 18. Januar. Ruhr, Weser, Ems und Wupper führen Hochwasser und überfluten die Ufer.

Nordhausen, 18. Januar. Die Schneefälle und die reichlichen Regenfälle der letzten Tage haben die Flüsse in Sachsen beträchtlich angeschwollen lassen. Die Lahn hat mehrere Dörfer durch Überschwemmungen vom Verkehrs völlig abgeschnitten. Auch die Werra führt Hochwasser. Besonders gefahrlos steigt die Fulda.

Goslar, 18. Januar. Seit gestern sind weite Geländestreifen des Rennsteigs von Langenfeld bis in die Helmhauser Gegend überschwemmt. Der Staatsbahnhof Langenfeld ist von dem Ort getrennt, der die dort hinführenden Straßen teilweise überflutet sind.

Eichwage, 17. Januar. Infolge der durch die anhaltenden Regengüsse entstandenen Schneebäche in den Harzbergen führt die Werra Hochwasser. Sie ist in rotem Steigen begriffen und hat das Tal überschwemmt. Der Verkehr auf der Eisenbahnstrecke Leinefelde-Jena-Land-Berlin-Röbeln ist unterbrochen.

Jena, 18. Januar. Im Saale-Gebiet ist gestern unerwartet starkes Hochwasser eingetreten. Weite Gebiete sind überflutet, viele Ortsverbindungen unterbrochen. In Jena sind ganze Stadtteile überflutet. Zahlreiche Häuser stehen unter Wasser. Der Verkehr wird durch Röhrbrücken und Brücken aufrechterhalten.

Unterhufen in Französisch-Neukaledonien.

In Französisch-Neukaledonien haben, wie Reitach im Bilde mitteilt, jüngst schwere Untergänge stattgefunden, in deren Verlauf eine Angehörige französischer Kolonisten von den Eingeborenen ermordet wurde. Die Kämpfe der Neukaledonier dauerten vier Monate.

Das Eisenbahngeschäft bei Wien.

Wien a. d. Rabe, 16. Januar. Gestern vormittag 7.15 Uhr entgleiste, wie bereits von uns gemeldet, auf der Rabebahn bei Rabe der Straßenbahngüterwagen Nr. 248 infolge Dammunterspülung. Die Maschine, der Radwagen und drei Personenwagen kippten in die Nähe. Etwa 25 Personen wurden getötet und ebensoviel verletzt. Der Zugverkehr auf der Rabebahn ist unterbrochen.

Treibstoff in ein Uhr und Goldwarengeschäft.

Wien a. d. Rabe, 16. Januar. Gestern vormittag 7.15 Uhr entgleiste, wie bereits von uns gemeldet, auf der Rabebahn bei Rabe der Straßenbahngüterwagen Nr. 248 infolge Dammunterspülung. Die Maschine, der Radwagen und drei Personenwagen kippten in die Nähe. Etwa 25 Personen wurden getötet und ebensoviel verletzt. Der Zugverkehr auf der Rabebahn ist unterbrochen.

Treibstoff in ein Uhr und Goldwarengeschäft.

Wien a. d. Rabe, 16. Januar. Gestern vormittag 7.15 Uhr entgleiste, wie bereits von uns gemeldet, auf der Rabebahn bei Rabe der Straßenbahngüterwagen Nr. 248 infolge Dammunterspülung. Die Maschine, der Radwagen und drei Personenwagen kippten in die Nähe. Etwa 25 Personen wurden getötet und ebensoviel verletzt. Der Zugverkehr auf der Rabebahn ist unterbrochen.

Telegramme.

Kaiser Karl für die Forderungen der Arbeiter.

Wien, 17. Januar. (Meldung des Wiener f. L. Scott-Bureau.) Wie die Abendblätter melden, ließ sich der Kaiser über die durch den Arbeiteraufstand geschaffene Lage berichten und bestätigte die von der Regierung und den Gewerkschaften erwarteten, daß den Wünschen der Arbeiterschaft nach besserer Erziehung Rechnung getragen werde.

Ein Tauchboot vor der amerikanischen Küste?

Frankfurt a. M., 18. Januar. Die Frankfurter Zeitung meldet aus New York: Journal berichtet aus Neu-York, dort gebe das Gericht, daß ein Tauchboot 100 Meilen vor der Küste von Maine einen amerikanischen Dampfer versenkt habe. Die Nachricht habe unter dem Publikum große Erstaunen und Angst ausgelöst.

Schiffzugsunterstützung.

Genf, 17. Januar. Die französische Presse meldet aus London: Der amerikanische Dampfer Terra, 6687 Tonnen, stieß mit einem anderen Schiffe zusammen und sank. Die Besatzung ist getötet worden. Die Terra führte eine Rettungsaktion.

Freitag den 18. Januar 1918

Dresdner Volkszeitung

Die Frage, welche Händler die Spanferkel eingekauft und zu welchen Preisen sie eingekauft haben. Über sei es auch hier eine Behörde gesetzten, die sich schriftlich über die Höchstpreise hinzuwenden habe? Wären die Preise zum Höchstpreis verkauft worden, hätte sich mancher Arbeitnehmer für 30 bis 40 M. ein Spanferkel leisten können. Es sei notwendig, daß die Angemessenheit dem Kriegswunderkram übergeben werde, was der Verkäufer auch zu tun verspricht. Der Kunde ist überall zu treffen. Ich glaube, daß keiner feststellt, daß den Landwirten die kleinen Saatbohnen, die sie zum eigenen Verbrauch angebaut hatten, zum Preise von 250 M. pro Zentner als Saatbohnen abgekauft wurden. Es sei ausgedrückt, daß die kleinen Saatbohnen verkauft wurden. Vielleicht können diese Bohnen sicher in irgend einer Gemeinde oder einem Betriebe zum Preise von 4 bis 5 M. wieder zum Vorschein.

Der Einhorn erwidert, daß es bei den Spanferkeln wohl ebenso lange wie beim Kastanienholz. Der Kastanienholz verleiht einen Teil Verdienst an sich. Nach der Fleischbeschaffungsverband verteuerte das Fleisch ganz bedeutend. Es liegt wieder, wo das Fleisch billiger werden soll, seien die Gedanken erachtet worden. Das Gesetz um Erhöhung der Kartoffelsteuer ist abgelaufen worden, und nun mit der Verminderung, doch erscheint zur Sicherstellung derselben noch genügend Transportmittel vorhanden sind, daß die Ernterücksicht leicht überdeckt werden, und daß zur Erhaltung des Fleisches erhebliche Mengen an Kartoffeln gebraucht werden.

Private und gemeinnützige Bautätigkeit.

Den Leuten, die im Hausbauverein den Ton angeben, ist es ein Streich, daß sich jetzt außer den privaten Bauunternehmern auch noch andere Kreise mit dem Bau von Kleinwohnungen beschäftigen. Die Dresdner Bürgerzeitung, das Organ des Allgemeinen Hausbesitzervereins zu Dresden, bringt unter der Überschrift: "Notwendiger und spekulativer Kleinwohnungsbau" einen Artikel, in dem sie u. a. sagt, daß Bauen liege "bemerklich" dem Baugewerbe ob, und erit, wenn dieses keinen Aufgaben aus irgendwelchen Gründen nicht nachkomme, könnte daran gedacht werden, den Wohnungsbau anderen Personen oder Unternehmern zu überlassen. Das Blatt wirkt dabei die Frage auf, was man dazu sagen würde, wenn sich nicht gewerbsmäßige Kreise erlauben wollten, Fleischwaren oder Backwaren herzustellen.

In dem Kopfe des Verfassers dieses Artikels scheint eine nicht geringe Begriffsverwirrung zu herrschen. Es hat bis jetzt noch niemand daran gedacht, daß Bauen von Häusern irgend jemandem außer dem Baugewerbe zu übertragen. Auch die bei den Hausbesitzern so wenig beliebten Baugenossenschaften lassen nicht Schuster und Schneider kommen, wenn sie ein Haus bauen wollen, sondern Baumeister, Maurer, Zimmermeister. Der Verfasser des Artikels in der Dresdner Bürgerzeitung scheint sich darüber nicht klar zu sein, daß zwischen Bauunternehmern und Baugewerbetreibenden ein wesentlicher Unterschied besteht. Es kann sich nie darum handeln, ob Baugewerbetreibende andere Häuser bauen, sondern nur darum, in wessen Auftrag gebaut wird, ob von privaten Bauunternehmern, die ja sehr oft alles andere als Baugewerbetreibende, oder in gemeinnützigen Bauvereinigungen. Der Unterschied liegt freilich darin, daß der private Bauunternehmer und Hausbesitzer einen möglichst großen Gewinn aus seinem Haufe ziehen will, während sich die gemeinnützigen Bauvereinigungen von vorne herein mit einer möglichen Vergünstigung ihres Anlagekapitals begnügen. Doch der private Bauunternehmer und Hausbesitzer die Tätigkeit der gemeinnützigen Baugenossenschaften unbedingt ist, ist leicht zu begreifen, weil sie damit rechnen müssen, daß ihnen die Möglichkeit, größere Gewinne zu erzielen, durch die gemeinnützige Bautätigkeit erschwert oder genommen wird. Das Baugewerbe aber wird durch die Baugenossenschaften nicht im geringsten geschädigt, im Gegenteil, die Gewerbetreibenden werden, wenn sie für gemeinnützige Unternehmungen arbeiten, sehr oft viel besser dran sein als bei privaten Bauunternehmern, unter denen sich sehr viel unzuverlässige Elemente befinden. Es ist ja bekannt, daß die für private Bauunternehmer arbeitenden Gewerbetreibenden häufig ihr Geld verlieren.

In dem Artikel wird dann weiter berichtet, zu bestreiten, daß nach dem Kriege eine Wohnungsnötigkeit droht, und auch aus diesem Grunde die Notwendigkeit bestritten, daß von anderer

Seite als von privaten Bauunternehmern Häuser gebaut werden. Zur Wiederaufbau besteht jetzt bereits eine Knappheit an Kleinwohnungen, und alle Sachverständigen sind sich darüber einig, daß, wenn nicht sehr energische Gegenmaßnahmen ergriffen werden, noch dem Kriege eine große Wohnungsnot eintreten muß, weil dann sehr viele neue Haushalte begründet werden dürften und dadurch der Wohnungsbedarf stark steigen wird. Die Bevölkerung wäre wahrscheinlich sehr überdrückt, wenn sie sich auf die private Bautätigkeit verlassen müßte. Es muß daher gesorgt werden, daß Staat und Gemeinde die gemeinnützigen Bauvereinigungen mit ihrer Unterstützung in den Stand setzen, durch Neuerrichtungen von Kleinwohnungen der drohenden Wohnungsnötigkeit zu begegnen.

Die Schwierigkeiten bei der Verteilung von Marmelade.

Von der Reichsstelle für Gemüse und Obst wird uns geschrieben: Es wird im Publikum, namentlich jener großstädtischen Mittelpunkte, die sich aus einer Reihe von Kommunen zusammensetzen, sehr unangenehm empfunden, daß die Verteilung der gerade in der Zeit des jetzigen Kriegsmangel bestreiten Marmelade in den verschiedenen Gemeinden ungleichmäßig erfolgt. Während die eine Kommune mit der Aussteilung längst fertig ist, hat eine andere noch nicht einmal damit begonnen, so daß oft mehrere Wochen zwischen den einzelnen Verteilungsgegenen liegen. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst trägt hieran ebenfalls Schuld wie die einzelnen Kommunalverbände. Denn bekanntlich wird die Zubereitung des Obstmarktes an die der Kriegsgesellschaft für Obstkonserve und Marmelade, einer Tochtergesellschaft der Reichsstelle angegliederten Marmeladenfabriken, die kontinuierlich sind, übertragen. Die eine Fabrik hat diese, eine andere eine Gemeinde mit Marmelade zu beliefern. Diese Belieferung kann aber nicht immer rechtzeitig und gleichzeitig erfolgen, weil alle die Erträge, die mit dem Krieg verknüpft sind, sich als oft recht gewölktes Hemmnis unliebsam bemerkbar machen. Der kann die eine Fabrik nicht rechtzeitig die ihr übertragene Ware liefern, weil es ihr an den nötigen Stoffen mangelt, nicht weil diese Stoffe nicht vorhanden sind, sondern weil die gewöhnliche Belieferung der Eisenbahnen durch den dringlichen Kriegswaffen dienenden Güterverkehr eine entsprechende Anzahl genügender Kohlenmengen verhindert. Auch waren in den Monaten Oktober und November die Eisenbahnen zeitweilig für alle anderen Güter gesperrt, nur um den Bedarfszentren die für unsere Ernährung so wichtige Kartoffel rasch und in Massen zuführen zu können.

Ein andermal fehlt es den Marmeladenfabriken, wiederum aus denselben Gründen an dem nötigen Zucker, ein drittes Mal kann die fertiggewordene Marmelade nicht abgeliefert werden, weil nicht genügend Verpackungsmaterial, d. h. Fässer, Eimer und dergl. vorhanden sind. Diesen Schwierigkeiten hat man in manchen Fällen dadurch zu begegnen versucht, daß man an Stelle von Fässern sogar Kisten zur Verpackung der Marmelade verwandt. Dieser Ausweg, der natürlich nur ein Notbehelf sein kann, hat sich nicht durchweg bewährt, weil entweder das zu den Kisten gehäutete Gold bei seiner Verarbeitung mit dem feuchten Objektus sich wellt und die Verpackung infolgedessen undicht wurde, oder weil die Ware den Goldschädel annahm und somit minderwertig wurde.

Bei aller dieser Unstände, zu denen noch viele andere Schwierigkeiten hinzukommen, die nicht im einzelnen aufgeführt werden können, berücksichtigt, wird begreifen, warum die Marmelade nicht immer gleichzeitig an das Publikum verteilt werden kann und daß das gelegentliche Ausbleiben des begehrten Obstmarktes nicht eine Folge von Mängeln ist, deren Verfehlung in der Macht der Reichsstelle und der beteiligten Kommunen liegt.

Zusammenlegung der Schuhgeschäfte.

Die geplante Zusammenlegung von Schuhgeschäften wird vom Schuhhandel noch wie vor zu hinterreichen gesucht. Man behauptet, die durch die Zusammenlegung erreichbare Erfahrung an Arbeitskräften, Wirk und Leistung wäre so gering, daß sie gegenüber den großen Schönen, die der Schuhhandel durch

eine solche Maßnahme erleidet, nicht in Betracht käme. Dabei wird aber ein wichtiger Umstand übersehen. Bei der gegenwärtig außerordentlich schwachen Belieferung der Schuhgeschäfte mit Waren kann der Händler in den einzelnen Arten vorfinden. Er muß deshalb vielfach eine ganze Reihe von Geschäften aussuchen, bis er seinen Bedarf decken kann. Da nun die Geschäfte immer nur mit großen Unterbrechungen Schuhwaren verkaufen können, entsteht für den Händler ein sehr erheblicher Verlust. Werden die vorhandenen Geschäfte zusammengelegt, dann ist das einzelne Lager weniger ausgeschöpft und der Einkauf für den Verbraucher wesentlich erleichtert. Hierin liegt ein Hauptgrund für die geplante Maßnahme, mit der sich der Schuhhandel wird abfinden müssen.

Unterschlagung von Feldpostpaletten.

Eine empfindliche Strafe ereilte die Postausschreiberin Zustane geschiedene Schind von hier. Sie war am Postamt 24 in Stellung und bat in den letzten Monaten mehrere Feldpostpaletten mit Lebens- und Genussmitteln unterschlagen. Es wurde ihr nachgerichtet, daß sie Butter, Wurst, Zigaretten, Zigarren und Tabak aus den Paketen gestohlen hatte. Das Gericht verurteilte sie wegen Untergangs zu sechs Monaten und zwölf Tagen Gefängnis.

Die Zukunft im Wasser.

Rut noch "Einfachster" für die Bierbevölkerung. Es ist eine Bundesstaatsordnung erlassen worden, nach der es verboten ist, Bier mehr als 8 Proz. Stammtischgehalt in die Privatkundshaft zu liefern.

Ein sehr berühmter Mann hat das Wort gelrochen von unserer Zukunft, die auf dem Wasser liegt. Das war bald vor zwanzig Jahren.

Es hat aber sogar den sicherer Einschein, daß die Zukunft ganz eingetunkt und arg wässrig wird.

Die Reichsgetreideküche hat die Malzauflösung unerbittlich beschritten. Die Aussichten für das Bierjahr 1918 sind trüb, sehr trüb. Weniger für die Bierfelder, die es noch immer vorhanden haben, ihre Dividenden auch ohne Hopfen und Malz herauszuholen. Doch sehr trüb für die Biertrinker, die ihre Erinnerung sehr stark zu Hilfe nehmen müssen, soll ihnen das, was sie in diesem Jahr zu trinken bekommen, noch als Bier erscheinen, denn nur drei Prozent Bier soll das Kriegsjahr 1918 geben.

Es geben große Dinge in der Welt vor. Doch kein Stand zeigt dem biederem Spieker und Stammtischler deutlicher, daß der jüngste Tag bald erscheinen muß, als die bejammernswürdige Befallenheit seines Abendbrotspens.

Nun wird es aber Zeit. Dreiprozentiges Bier? Siebenunddreißig Teile Wasser mit jedem Schluck in den Magen zu pumpen, hört vielleicht ein Fisch aus, aber kein anständiger Christmensch.

Es wird Zeit, daß die Volkssleele wieder einmal kostbare Wasser zum Kochen ist reichlich da.

In den Stammtischen geht ein Geist des Kufrehs um. Man hört das Wort "Neuordnung" fallen und das Gefühl für den Obrigkeitsstaat wächst und schwankt. Eine Obrigkeit, dreiprozentiges Bier brauen läßt, vergibt ihre heiligen Pflichten und darf sich nicht wundern, wenn sie in schlechten Gerüchten kommt.

Meldung zur Rekrutierungskommission. Auf Grund von § 25 der Deutschen Wehrordnung vom 28. September 1888 haben sich in der Zeit vom 24. bis mit 31. Januar 1918, vor mittags von 8 bis 12½ Uhr oder nachmittags von 8½ bis 6 Uhr, Sonntags nur von 8 bis 1¼ Uhr, alle im Dresden und den einberufenen Vororten aufzählbaren Militärschützen der Jahrgänge 1896 bis 1898 im städtischen Militär- und Quartieramt, Büttelhofstraße 16, L. Zimmer 6, zur Rekrutierungskommission einzufinden. Ebenso haben sich die Landstrupschützen des Jahrganges 1900, soviel sie sich noch nicht gemeldet haben, in der Zeit vom 2. bis mit 6. Februar 1918 in denselben Diensträumen zur Bank



Röpfer-Brot

Pollfornbrot

Nach neuem Mahl- und Backverfahren bereitet. Von hohem Gehalt an ausnutzbaren Eiweiß- und Ergänzungsnährstoffen, Nährsalzen, Malzbestandteilen und kräftigen Geschmacksstoffen. Daher wohlgeschmeckend auch mit wenig oder

ohne Zusatz

zurückzumelden. Die Meldungen haben persönlich zu erfolgen. Alles Röhre über die vorgelagerten Märkte usw. ist aus den in den nächsten Tagen erfolgenden öffentlichen Anschlägen zu erhalten.

Widrig für Volksküchenbesucher. An Personen, die in den Dresdner Volksküchen sparen wollen, werden fünfzig blaue Speisekarten in den Stadtbezirks-Küpektionen nicht mehr ausgegeben. Soweit diese Personen im Besitz eines gültigen Nährmittelkartenabschnittes I sind, können sie ohne weiteres auf Grund des rechtzeitig in der bestehenden Volksküche abzugebenden Nährmittelkartenabschnittes I an den Volksküchenleistungen teilnehmen. Zur Erholung von Schwerarbeiterportionen haben Schwerarbeiter außerdem den ihnen vom Brotvertrouensmann ausreichendigen Schwerarbeiterbezugsausweis in der betreffenden Volksküche mit abzugeben. In der Absicherung der Zahl der Fleisch- und Kartoffelmarken tritt keine Änderung ein, doch sind fünfzig die Pendelarbeiter Montags (anstatt bisher Sonnabends) von der Pflicht, Kartoffelmarken abzugeben, frei. Diese Bestimmungen treten mit dem 20. Januar in Kraft.

Milch von Sauerkraut. Die Kriegsgeellschaft für Sauerkraut hat die höchst zulässigen Abgabepreise für Sauerkraut der Größe 1917 bekannt gegeben. Die Preise betragen für den Abtrag durch den Händler 16 Pf., für den Abtrag durch die behördlichen Verteilungsstellen an den Kleinhandel 19,50 Pfennig pro Kilometer und für den Abtrag durch den Kleinhandel an die Verbraucher 25 Pf. pro Pfund. Die behördlichen Verteilungen von Sauerkraut werden demnächst beginnen.

Auszahlung der Quartier- usw. Vergütungen. Für die im Dezember 1917 und in den vorhergehenden Monaten untergebrachte geweihte und abgegangenen Einquartierungen bzw. sonstigen Leistungen erfolgt die Auszahlung der Vergütungen laut deren Auszählung am 23. Januar für die in den Stadtteilen der Altstadt, am 24. und 25. Januar für die in den Stadtteilen der Neustadt wohnenden Quartiergeber während der Zeit von 8½ Uhr morgens bis 12 Uhr mittags. Für Einquartierungen und Leistungen, die erst im Januar bewilligt worden sind, können die Vergütungen erst im Februar angezweigt und gezeichnet werden.

Überführung von Kranken nach der Städtischen Heil- und Pflegewirtschaft. Nach Einziehung eines großen Teiles der Kasse durch Leistung des gesamten ärztlichen Dienstes in der Klinik so in Anspruch genommen, daß die Zuführungen von Kranken mit Ausnahme von ganz besonders dringlichen Fällen nicht in der Zeit von 10 Uhr morgens bis 6 Uhr morgens und in der Zeit zwischen 1 bis 8 Uhr nachmittags erfolgen dürfen.

Reichliche Milchzufluhr nach Dresden. Der gegenwärtige reichliche Frischmilcheingang bietet die Möglichkeit, alle angemeldeten Milchmarken bis auf weiteres voll beliefern zu können.

Berliner Nachrichten. Wiederholter schwerer Einbruch in ein Goldwarengeschäft. Vom vergangenen Jahr ist zum zweiten Mal in das Goldwarengeschäft von Schiller an der Heriburgstraße 7 eingebrochen worden. Die Diebe gelangten von der Außenstube nach Durchsägen der eisernen Türfüllung in den Verkaufsraum und raubten Goldwaren und wertvolle Utensilien im Gesamtwert von rund 6000 Pf. — Eine Platinachse im Wert von 560 Pf. ist seit dem 16. Januar mittags aus einem kleinen chemischen Untersuchungslaboratorium in den Hauseingang gekommen. Sie wiegt 60,3 Gramm, ihr Durchmesser beträgt 10,5 Millimeter, ihre Tiefe 4 bis 5 Millimeter. Vor Einfahrt der Schule, auch in geschröpftem Zustande, wird gewarnt. Sachverständige Ausschüsse ermittelten die Kriminalpolizei. — Der Goldwafferkasten ist durch das Laufmesser und die starken Nebenschlösser gänzlich beeinflusst worden. Gekennzeichnet wurde der kleine Beiget einen Wafferkasten von etwa 1 Meter unter Null an. Das bedeutet einen Wuchs innerhalb einiger Tage von ungefähr einem Meter. Nach den Nachrichten von den Bergleuten der Oberbaudirektion auch noch mit einem weiteren, aber ungewöhnlichen Steigen der Höhe zu rechnen sein. — Infolge des Tauwinters führt die Weißeritz mittleres Hochwasser. Die außöflich zurückgegangenen Stauungen im beiden Talbetten ließen sich nun auch wieder gehoben haben, so daß die Stromerzeugung im Elektrizitätswerk Deuben eine Besserung erlebten wird.

Aus der Umgebung.

Dresden. Margarine in allen einschlägigen Geschäften auf Sonnabend, Gruppe pro Kopf 70 Gramm zu 8 Pf., Wärmedose pro Kopf 400 Gramm zu 72 Pf., auf Kundenliste, gefüllte Biscuit, kleine (Klein), pro Kassette ½ Pfund, Kekses für Kinder in dem Geschäft bei Schmitz, Reichnet Straße, gegen ärztliche Bescheinigung und Abgabe einer Bratmaske, höchstens von Sonnabend an in allen Lebensmittelgeschäften gegen Marken, pro Dose 1,00 Pf., 1,20 Pf. und 1,50 Pf.

Dresden. Auf Bezugsschein Nr. 16 der Lebensmittelkarte V können ab Sonnabend den 19. Januar in den einschlägigen Geschäften 400 Gramm Wärmedose für 72 Pf. entnommen werden.

Dresden. In den Handlungen von Hermann (Hermann Nachfolger), Bleured, Seidel und im Konsumverein, Marktstraße, stehen gesetzte Preise zum Verkauf. Verkaufspreis 1,40 Pf. das Pfund. — Auf den angemeldeten Bezugsschein Nr. 12 der Lebensmittelkarte können 400 Gramm Wärmedose für 72 Pf. bezogen werden. Auf Bezugsschein 18 gelangt nächste Woche Auskunfts zur Ausgabe.

Wünschen. Sonnabend den 19. Januar, vormittags von 8½ bis 12 Uhr: Ausgabe von Käfes, Crisp, Pichore, Streichholzern, Waschpulver, Gardinen in Brüde, und Salzhölzer, soweit der Vorrat reicht, im Verkaufsstall. — Ferner werden am selben Tage die neuen Postmarken 1917 für die Dresdner Straße vorne, von 9 bis 12 Uhr im Postamt zur Ablage und für den oberen Ortsteil nachmittags von 3 bis 6 Uhr im Gemeindeamt ausgetragen. In den Vertrauensmännerbezirken erfolgt die Ausgabe der Marken von Freitag abend an. Milchmarken werden nur auf Antrag ausgegeben.

Großschäßnitz. Da der Gemeindeworstand Liebscher von Großschäßnitz zum Bürgermeister von Augustusburg gewählt worden ist, wird die Gemeinde Großschäßnitz in kürzer Zeit verwaltet. Dies ist der Anlaß gewesen, das zwischen den beiden Gemeinden Groß- und Kleinschäßnitz erstmals Vereinigung & Verbündungen eingetreten worden sind, wie sie bereits dreimal in den Jahren 1880, 1907 und 1911, gepflogen wurden, damals immer ohne Erfolg. Nach dem jetzigen Stande der Verhandlungen ist eine Vereinigung der beiden Gemeinden Klein- und Großschäßnitz wahrscheinlich.

Am Sonnabend den 19. Januar, vormittags von 8½ bis 12 Uhr: Ausgabe von Käfes, Crisp, Pichore, Streichholzern, Waschpulver, Gardinen in Brüde, und Salzhölzer, soweit der Vorrat reicht, im Verkaufsstall. — Ferner werden am selben Tage die neuen Postmarken 1917 für die Dresdner Straße vorne, von 9 bis 12 Uhr im Postamt zur Ablage und für den oberen Ortsteil nachmittags von 3 bis 6 Uhr im Gemeindeamt ausgetragen. In den Vertrauensmännerbezirken erfolgt die Ausgabe der Marken von Freitag abend an. Milchmarken werden nur auf Antrag ausgegeben. Einberufen; sie beschloß, erneute Forderungen an die Betriebsleitung zu richten, und zwar soll die Zeuerungssumme für die gesamte Arbeiterschaft auf 20 Proz. erhöht werden und eine Erhöhung der Stundenlohnsumme sowie der Alltagslohnsumme der Bediensteten eintreten. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, diese Forderungen bei der Betriebsleitung einzutragen und zu vertreten. Bereits am 7. Dezember 1917 hat der Ausschuß sich dieses Auftrages entledigt, jedoch bis zu einer am 15. Januar stattfindenden Betriebsversammlung war eine Antwort der Betriebsleitung darauf nicht erfolgt. Versuche der Ausschüsse, eine Verhandlung mit der Betriebsleitung anzubringen, blieben erfolglos; sie wurden bei der Betriebsleitung nicht vorangetrieben. Daher beschlossen die am 14. und 15. Januar abgehaltenen Betriebsversammlungen einstimmig, die Weiterführung der Bewegung dem Deutschen Tabakarbeiterverband zu übertragen, gleichzeitig aber auch die Betriebsleitung aufzufordern, die Lohnsätze bis zum 18. Januar zu regeln. — Aus diesen Vorgängen er sieht man, wie ein Betrieb, der in der Öffentlichkeit recht viel in „Wohlthätigkeit“ macht, mit der eigenen Arbeiterschaft und deren Vertretung, dem Arbeiterausschuß, umgeht. Über den weiteren Verlauf der Bewegung werden wir noch berichten.

Deutscher Tabakarbeiterverband, Dresden.

Setzungsteil der Zigarettenbranche.

Inland.

Das Korrespondenzblatt gegen die voilandianische Brüderlichkeit.

In der allerschärfsten Form nimmt das Korrespondenzblatt der Generalversammlung gegen das Treiben der Voilandianerpartei Stellung. Sie sei die Zusammenfassung der Kreise, die ihre ausländischen politischen Ziele und Sorgen erst entdeckt hätten, als Behmann das Wort von der Neuordnungsfestrede gesprochen hätte. In den Komplikationen der Voilandianerpartei lebten die übelsten Sitten der einfachen Volksuntererfassungen wieder auf. Voilandianer, die Leiden der Soldaten nur vom Hören sagen, vertrödeln in der Reichshauptstadt Männer, die ihre gefundenen Glieder dem Vaterlande geopfert hätten und dabei schimpfen gegen die heimatliche Rechtigkeit feiner Männer. Und ein Voilandianermann der ergänzungslosen Kriegsopfer als Defektare. Im Kampf gegen diese brutale Rasse würden auch die Gewerkschaften mit den fröhlichsten Mitteln vorgehen.

Ausland.

Streiks in den häßlichen Betrieben Warschaus.

In Warschau ist ein Streik der Arbeiter und Beamten der häßlichen Betriebe ausgebrochen, dem sich auch das tschechische Personal der häßlichen Theater angeschlossen hat. Eine Anzahl öffentlicher Wohnungsleidenschaften, wie Feuerwehr und Militär, streiken nicht. Damente und Studenten haben sich auf Aufruhrerung des Stadtparlaments mit barmherzigen Schwester zur Krankenpflege zur Verfügung gesetzt. Die Anstrengungen der Angestellten an die Stadt eischen sich nach Mitteilung des Magistrats auf mehrere Millionen. Der stellvertretende Stadtpresident Dr. Lewicki fordert zur Weiteraufnahme der Arbeit auf. Behördenleiter sind Maßnahmen vorzusehen, um den Gang der für die Bedämpfung wichtigen häßlichen Betriebe aufrechtzuerhalten.

Briefkasten.

W. 15. Der überlebende Thonat einer lärmenden Ehe erbt die Hälfte des Nachlasses und hat Anspruch auf die zum selben Haushalt gehörigen Gegenstände und der Hochzeitsgefäße. Die Geschwister erben zusammen die andere Hälfte des Nachlasses.

E. St. Briesnitz. Die hinterbliebenenrente und die Waisrente von der Invalidenförderung erhalten Sie ungefähr weiter. Die Behörde aus der Kriegsführung der Gemeinde füllt aber dann noch, wenn Sie nach Banau ziehen. Ob die Gemeinde etwas gewährt, in der Sie in Zukunft Wohnung nehmen, ist fraglich. Ein Gefund wegen der Umzugsdaten müssen Sie an die Kriegsflüchtlingsbehörde der Gemeinde (Holzmaden) richten. Wegen des Wohltätigkeitsspars müssen Sie sich also bald mit der Staatssekretärinnberatung in Verbindung setzen.

M. W. 91. Die Schauspieler können Sie in der Dombrowski-Schule von A. A. Schröth in Bützen und bei der Firma Lehmann und Sonneberg in Leipzig loswerden. Das sind behördlich zugelassene Eintrittsstellen, wo Ihnen auch die üblichen Preise gezahlt werden.

Sportartikel.

Arbeiterturner. 2. Gruppe. Der Turntag findet nicht wie gestern berichtet, am 20., sondern am 27. Januar statt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der Neuen Zeit ist vorher das 15. Heft vom 1. Band des 2d. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts gehen wir herüber: Für das parlamentarische Regierungskabinett. Von Georg Grabmayer. — Reichs-Volksbericht und parlamentarisches Szenario. Von Heinrich Gunow. — Die Agrarfazie in Russland. Von E. R. Verdi. — Johann Joachim Windemann. Ein Beitrag zur Kunstdenkmalpflege des achtzehnten Jahrhunderts. Von Edgar Steiger. — Auf der internationalen sozialistischen Bewegung. — Körzen. — Die neue Zeit erscheint wöchentlich einmal. Das einzelne Heft kostet 30 Pf.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Schatz. **Zielsetzung.** Verantwortlich für den Anfangsteil: Max Schatz. **Verantwortlich für den Anfangsteil:** Max Schatz. — **Druck und Verlag:** Raden und Komp., Dresden.



Musenhalle.

Vorstadt Löbtau, Kesselad. Str. 17, Straßenbahn 7, 18, 22
Täglich abends 8,10 Uhr. Heute neues Programm!

Die Hochzeitsreise Aufspiel v. A. Benedit
in zwei Akten und der neue vorzügliche Solostell.

Sonnabend 2 Vorstellungen

25. Januar:
Die span. Detektivin Sherlock Holmes, 4. Akt.

W. 15. 1918. 1. Preis 20 Pf.

Kino Briesnitz.

Norweg. Sonnabend und Sonntag: Das Geheimnis von Monte Carlo, Schauspiel in 3 Akten. Das Spätsachenbuch Mutter, Lustspiel in 3 Akten. Mönchengrashalen, aktuell. Im Park von Galata, Natur.

Quellen-Bücher für die Jugend.

Volksbuchhandlung.

Fata Morgana

Breite Straße 3
Lichtspiele

Die Richterin

Drama in vier Akten nach dem Roman von Hans Land.
In der Hauptrolle Lotte Neumann.

Wir empfehlen:

Die soziale Bilanz des Krieges

Bon Parvus.

Preis 25 Pf. per Briefmarke anlegend 30 Pf.

Zu beziehen durch die Volks-Buchhandlung

Trebbin, Wettinerplatz 10.

Reisewerke.

Mexiko

das Land der bildenden Künste einst und jetzt.
Rudi eigener Künste und Quellenstudien von Dr. Joseph Lauterer.
Mit 117 Abbild. Preis 4,50 Pf.

Borsig'sche Buchhandlung.

Wein- und Sektware,
gebrauchte u. neue, faul an Höchstpreisen

Korkzentrale

Gruner Straße 22, 1.

Telefon 14-70

SARRASANI
2 AUFFÜHRUNGEN 2

Die lustigen AFFEN
Affenmacher als Kindermädchen, als Akrobaten, als Schauspieler, als Komödianten.
Nur noch kurze Zeit!
FRIEDE AUF ERDEN
ein Melodram in fünf Bildern. (S. 80)
Verkaufsstelle: Warenhaus Hermann Herzfeld, Altmarkt
Sarrasani-Trocadero: 6 bis 11½ Uhr
Neuer Spielplan!

